



# Mehr Einbrüche in Bremen

Auch Raubdelikte nehmen zu / Aufklärungsquote sinkt

**Mehr Wohnungseinbrüche, aber auch mehr Fälle von Straßenraub und Fahrraddiebstahl als 2013 gab es im Vorjahr in Bremen. Das geht aus der Kriminalstatistik der Polizei für 2014 hervor.**

VON FRAUKE FISCHER

**Bremen.** Wer in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2014 (PKS) nur auf die Gesamtfallzahlen schaut, könnte glauben, die Straftaten in Bremen und Bremerhaven seien weniger geworden. Doch ein genauer Blick in die Daten, die Bremens Polizeipräsident Lutz Müller, Bremerhavens Polizeichef Harry Götze und Andrea Witrock, Leiterin des Landeskriminalamts, am Mittwoch präsentierten, zeigt: In vielen Bereichen gab es mehr Straftaten. Und: Die Gesamtaufklärungsquote liegt mit 45,8 Prozent unter der von 2013 mit 49,8 Prozent.

Als „Dauerbrenner“ bezeichnete der Polizeipräsident die Wohnungseinbruchsdelikte. Mit 3057 Fällen, die zur Anzeige kamen, lag die Zahl der versuchten und tatsächlichen Einbrüche in Wohnungen und Häusern in der Stadt deutlich höher als 2013. Damals gab es laut PKS 2577 Straftaten dieser Art, 2012 waren es 2933. Seit 2005 war die Zahl so hoch wie jetzt.

Für die CDU ist genau das ein Punkt zum Einkommen. Die höchste Einbruchskriminalität seit zehn Jahren zeige, dass die „groß angekündigten“ Schwerpunktmaßnahmen“ nur „wirkungslose Versuche des Innenministers Ulrich Mäurer“ seien, so der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Wilhelm Hinners.

Müller betonte hingegen, auch Kommunen, die früher weniger Einbrüche verzeichneten, hätten inzwischen verstärkt damit zu tun. Das Bundeskriminalamt beschäftigte sich damit. Es gebe vielerorts reisende Täter, die für einen Großteil der Straftaten verantwortlich gemacht würden. In Bremen aber, so Müller, seien 75 Prozent

„örtlich handelnde Täter“. Der typische Einbrecher sei männlich und heranwachsend, nehme vielfach weiche, vielleicht auch härtere Drogen. Mit der Beute aus Einbrüchen bestreite er seinen Lebensunterhalt und beschaffe sich Drogen, so Müller. „Wenig filigran“ sei oft das Vorgehen. Meistens würden Fenster und Türen roh aufgehebelt oder Scheiben eingeworfen.

Für Bremerhaven ergeben sich aus der PKS „die niedrigsten Fallzahlen seit 39 Jahren“, sagte Harry Götze. Bei den Wohnungseinbrüchen seien die Zahlen sogar um 40 Prozent zurückgegangen. Allerdings habe es in der zweiten Jahreshälfte 2014 einen Anstieg gegeben, den die PKS nicht komplett abbilde. Die Straftaten der letzten beiden Monate würden in die Statistik 2015 einfließen.

Dieser Umstand sorge neben Erfassungsrückstaus durch die Umstellung auf ein neues EDV-System bei der Polizei auch dafür, dass die Fallzahlen im Bundesland insgesamt niedriger sind als 2013, nämlich 83777 statt 85508. Knapp 3000 Fälle, schätzt Müller, tauchten deswegen erst in der nächsten Statistik auf.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) geht sogar von bis zu 5000 unerledigten Akten aus. Aus ihrer Sicht belegt die Statistik den Personalmangel bei der Polizei.

Als „rein statistischen Effekt“ wertet der Polizeipräsident die niedrige Aufklärungsquote. So sei die Zahl der Delikte mit hohen Aufklärungsquoten – wie etwa Ladendiebstahl – zurückgegangen. Einbrüche und Fahrraddiebstähle dagegen gab es mehr. Und diese seien schwerer aufzuklären.

Wenn Täter auf offener Straße Menschen berauben, haben sie es laut Müller vor allem auf Bargeld und Smartphones abgesehen. Dass diese Fallzahlen anstiegen, liege auch an kriminellen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF), mit denen sich Polizei und Politik befassen. Laut Statistik gehen 29 Prozent aller Delikte, die Jugendlichen zugerechnet würden, aufs Konto der UMF.

Weniger Fälle gab es 2014 bei Straftaten zum Nachteil älterer Menschen wie Betrug und Diebstahl. Als Herausforderung seien Innenbehörde und Polizei sogenannte Cyber-Crime-Delikte wie Internetbetrug oder Softwarepiraterie. Im Vergleich der vergangenen 25 Jahre sind die Fallzahlen laut PKS indes gesunken. Das Gleiche gilt für die Kriminalitätshäufigkeitszahl, die bekannt gewordene Straftaten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl setzt.

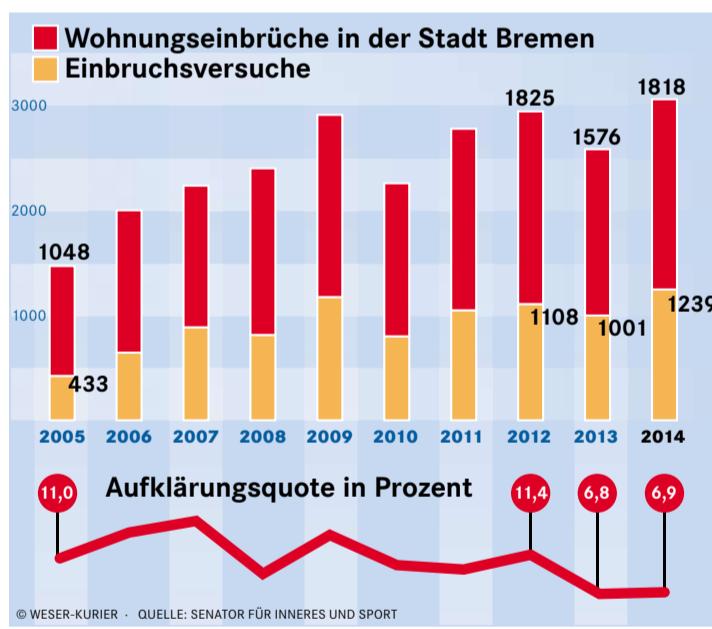
## Skripnik erklärt seinen Weg



Applaus, Applaus: Unter Viktor Skripnik blüht Werder in der Bundesliga auf – im Interview mit dem WESER-KURIER erzählt der 45-Jährige, worauf er dabei setzt. FOTO: GUMZMEDIA

**Bremen.** Seit 15 Spieltagen sitzt Viktor Skripnik auf Werders Bundesliga-Bank – bisher ist das eine Erfolgsgeschichte. Im Interview mit dem WESER-KURIER beschreibt der 45-Jährige, wie er Zugang zu den Spielern fand, die er „meine Jungs“ nennt, und gibt einen Einblick in das Gefülsleben eines Fußballverrück-

ten: „Ich werde morgens wach und denke: Ich will meine Mannschaft wiedersehen.“ Ganz nüchtern bewertet er dagegen das Thema Klassenerhalt – und deutet erstmals das Ende des Abstiegskampfes an. „Ich will unbedingt noch einmal gewinnen“, sagt Skripnik – danach müsse es neue Ziele geben. Interview Seite 19



## Straßenbahn-Kauf erst nach der Wahl

Athen verlangt 332 Milliarden Euro an Reparationen / Berlin weist Forderung strikt zurück

**Bremen (wig).** Vor der Bürgerschaftswahl am 10. Mai gibt es keine Ausschreibung für neue Straßenbahnen. Das bleibt auch nach der Sitzung des Aufsichtsrates der Bremer Straßenbahn AG (BSAG) am Mittwoch so. Der Vorsitzende des Gremiums, Staatsrat Wolfgang Golasowski aus dem grün geführten Verkehrsressort, betonte anschließend, die Planungen würden jedoch „mit Voll dampf fortgeführt“. Wie berichtet, will die BSAG, die fast vollständig in kommunalem Besitz ist, 77 neue Straßenbahnen anschaffen. Die Planungen beschäftigen den Senat seit Jahren; am Dienstag war erklärt worden, vor der Wahl gebe es keine Ausschreibung. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 7

**Athen-Berlin.** Im Streit über Reparationen für den Zweiten Weltkrieg droht Griechenland offen mit der Beschlagnahme deutscher Staatsgegenstände. Justizminister Nikos Paraskopopoulos erklärte sich am Mittwoch bereit, die Pfändung deutscher Immobilien in Griechenland zu erlauben, sollte es zu keiner Einigung mit Berlin über die Milliardenforderungen kommen. Mit den Reparationszahlungen, die in Griechenland auf bis zu 332 Milliarden Euro beziffert werden, wäre das Land seinen Schuldenberg von 320 Milliarden Euro praktisch auf einen Schlag los.

Bei den betroffenen Liegenschaften geht es um das Goethe-Institut von Athen, das

Deutsche Archäologische Institut sowie die Deutschen Schulen in Athen und Thessaloniki. Die Bundesregierung sieht die Entschädigungsfrage als erledigt an und weist die Milliarden-Forderungen weiter strikt zurück. Die Frage von Reparationen und Entschädigungszahlungen sei rechtlich und politisch umfassend und abschließend geklärt, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin. „Wir werden in dieser Frage keine Gespräche und Verhandlungen mit der griechischen Seite führen“, betonte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums.

In der Nacht zu Mittwoch hatte das griechische Parlament beschlossen, erneut Re-

parationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg an Berlin zu prüfen. Dazu wurde ein Ausschuss aller Parteien einberufen. Eine endgültige Entscheidung trifft die Regierung. Premier Alexis Tsipras erinnerte daran, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg „zurecht“ mit einem Schuldenschnitt geholfen worden sei. Seither sperren sich die deutschen Regierungen aber mit „juristischen Tricks“, um nicht mit Athen über Reparationen zu reden.

In Brüssel begannen unterdessen erstmals nach wochenlanger Funkstille wieder Gespräche der Vertreter internationaler Geldgeber mit Abgesandten der Athener Regierung. Bericht Seite 4

## THEMA

### Vom Umgang mit Pädosexuellen

**Bremen.** Männer, die sich an Kindern sexuell vergehen oder Missbrauchsbilder konsumieren, gibt es womöglich mehr als gemeinhin vermutet. Auf bis zu 10 000 Bremer schätzt der Systemische Therapeut Paul Ewert die Zahl solcher pädosexueller Täter in der Stadt. Doch es gibt auch Pädophile, die nicht zu Tätern werden. Therapeutische Unterstützung finden sie in Bremen kaum. Seite 3

## SERIE

### Katholisch und muslimisch

**Bremen.** Als Kind war Fatmanur Sakarya-Demirci quasi katholisch. Jede Woche ging sie zur Kirche – als Muslimin. Die Eltern hatten sie in einer katholischen Tagesstätte angemeldet. Feste Regeln seien gut für Kind, fanden sie. Es ist eine kuriose Geschichte aus der Kindheit von Fatmanur Sakarya-Demirci, mit der die Serie des WESER-KURIER über den Islam in Bremen endet. Religion, sagt die heute 32-Jährige, sei Privatsache. Seite 9



## SPORT

### Formel 1 zerstreitet sich

**Melbourne.** Die Formel 1 steht vor einer Saison voller Spannung – und voller Probleme. Viele der kleineren Teams der Formel 1 haben Schwierigkeiten, das Zuschauerinteresse geht zurück, Sponsoren wenden sich ab. Chefvermarkter Bernie Ecclestone aber redet alles schön – fraglich ist, wie lange das noch funktioniert. Der viermalige Weltmeister Sebastian Vettel will mit Ferrari das überlegene Mercedes-Team herausfordern. Seite 21

### FUSSBALL AKTUELL

Bayern – Schachtar Donezk 7:0  
FC Chelsea – Paris St. Germain 2:2

## Kritik nach Terror-Einsatz

**Bremen (mlu).** Viele Fragen zum Anti-Terror-Einsatz am 28. Februar in Bremen bleiben weiterhin offen. Für eine gemeinsame Sondersitzung von Rechtsausschuss und Innendeputation hatten die Oppositionsparteien umfangreiche Fragenkataloge eingereicht. Unter anderem wollten CDU und Linke Genaueres zu Hintergründen und Ablauf der Maßnahmen sowie zur aktuellen Gefährdungslage wissen. Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) verwies jedoch auf laufende Ermittlungen. Die eingereichten Fragen könnten in einer öffentlichen Sitzung nicht beantwortet werden, sagte Mäurer, der ansonsten das Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft verteidigte. Er sei überzeugt, dass er immer wieder so handeln würde. CDU und Linke kritisierten jedoch eine mangelnde Information der Öffentlichkeit. Am 28. Februar hatten schwer bewaffnete Polizisten die Bremer Innenstadt und die Synagoge bewacht. Es hatte Hinweise auf konkrete Anschlagspläne gegeben. Ein 39-jähriger Libanese soll sich zu dem 60 Maschinenpistolen verschafft haben. Die Polizei durchsuchte an jenem Sonnabendabend unter anderem das Islamische Kulturzentrum. Bericht Seite 7

## Bessere Chancen für Bremer Frauen

**Bremen (kaa).** Zwei Bremer Unternehmen sind von der gesetzlichen Frauenquote, die vergangene Woche im Bundestag verabschiedet wurde, betroffen. Sie gilt für börsennotierte oder mitbestimmungspflichtige Firmen, insgesamt für etwa 100 Unternehmen in Deutschland. Dazu zählen das Logistikunternehmen BLG und die Bremer Straßenbahn AG. Sie müssen ab 2016 ihre Aufsichtsräte zu 30 Prozent mit Frauen besetzen. Bei der BSAG ist die Quote bereits erfüllt. Bei der BLG hingegen ist man von diesem Ziel noch weit entfernt: Nur zwei von 16 Aufsichtsräten sind Frauen. Eine von ihnen ist Finanzsenatorin Karoline Linert (Grüne). Auch wenn es nicht leicht werde, die Quote im BLG-Aufsichtsrat zu erfüllen, verspricht sie: „Wir werden uns anstrengen.“ Der Bremer Senat besetzt die Hälfte der Aufsichtsräte.

Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, müssen sich eine eigene Quote verordnen. Dem sieht man beim Raumfahrtunternehmen OHB gelassen entgegen. Dort ist eine Frau sogar Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Ein anderes Bild zeigt sich bei Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist. Zwar sind durchschnittlich 44,6 Prozent der Aufsichtsratsmandate, die der Senat vergibt, von Frauen besetzt. In manchen Unternehmen gibt es aber Probleme. Bericht Seite 13

## Elektroschrott soll zum Händler

**Berlin (jco).** Das Bundeskabinett hat eine neue Regelung zur Entsorgung von Elektroschrott auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf verpflichtet Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 400 Quadratmetern, Altgeräte bei gleichwertigen Neukäufen entgegenzunehmen. Apparate mit einer Kantenlänge von unter 25 Zentimetern müssen diese Händler auch ohne einen Neukauf entsorgen. „Mit dem neuen Gesetz sorgen wir dafür, dass in Zukunft noch weniger alte Geräte im Restmüll landen“, teilte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) mit. Die Bremer Umweltberatung begrüßt die Regelung. „Alles, was es dem Bürger einfacher macht, Geräte zurückzugeben ist hilfreich“, sagte Sprecherin Silke Christiansen. Bei der Bremer Handelskammer stößt die Reform auf Unverständnis: „Die geplanten Rücknahmepflichten der Händler verursachen unnötigen bürokratischen Mehraufwand und zusätzliche Kosten“, erklärte Franziska Engemann, Referentin für Umwelt- und Energiepolitik. Schon heute würden viele Händler alte Geräte freiwillig zurücknehmen.

## WETTER



### Teils freundlich, teils grau

Ein Hoch über Skandinavien bestimmt das Wetter in Mitteleuropa. Dabei scheint nach Nebelauflösung zum Teil die Sonne.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 6 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter:

➤ [www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell](http://www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell)